„Wer von euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.“ (Joh 8,7)

Gegen Töten im Namen des Gesetzes

Zu Joh 7,53 – 8,11

Eine Geschichte um Leben und Tod

Diese Geschichte ist zu brisant, als dass sie sich in eine einfache und scheinbar konkrete moralische Nutzanwendung auflösen ließe, etwa in den Rat: Du sollst nicht mit Fingern auf andere zeigen!. In ihr geht es um Leben und Tod. Das macht ihr Zusammenhang mit dem Erzählfaden des Evangeliums deutlich:

Jesus zieht in Galiläa umher. Er meidet Judäa und die Hauptstadt Jerusalem, „weil die Juden[1] darauf aus waren, ihn zu töten“ (Joh 7,1). Deshalb will Jesus nicht zum Laubhüttenfest nach Jerusalem ziehen. Wenn er schließlich doch nach Jerusalem geht, tut er dies „nicht öffentlich, sondern heimlich“ (Joh 7,10). Trotz aller Vorsicht kommt es zu einem öffentlichen Auftritt im Tempel (Joh 7,14-24), der aufgeregte Diskussionen provoziert. Am Ende steht der Versuch, Jesus fest zu nehmen (7,32.44-52). Dagegen wendet Nikodemus – ein heimlich mit Jesus sympathisierendes Mitglied des Hohen Rates ein: „Verurteilt etwa unser Gesetz einen Menschen, bevor man ihn verhört und festgestellt hat, was er tut?“ (Joh 7,51) Gegen die diffuse Hetze, die von den politischen und religiösen Autoritäten gegen Jesus inszeniert wird, klagt Nikodemus ein rechtlich einwandfreies Verfahren ein.

Was aber ist, wenn die Schuld eines Menschen fest steht?

Genau dies ist die Frage, die hinter unserer Geschichte von der Ehebrecherin steht. Diese Geschichte fehlt in vielen Handschriften des Evangeliums. Sie dürfte im zweiten Jahrhundert entstanden und dann ins Johannesevangelium aufgenommen sein. Ihr Hintergrund ist der beginnende rigorose Umgang mit Ehebruch in der Kirche. Diese Problematik wird in die Zeit Jesu zurück projiziert, um vom Verhalten Jesu her den rigorosen Umgang mit Ehebruch in der Kirche zu kritisieren. Dafür spricht u.a., dass es im jüdischen Zusammenhang keinen Beleg für die Exekution von Steinigung wegen Ehebruchs gibt.

Die Geschichte wurde in unser Evangelium eingefügt, weil sie genau an dieser Stelle den Erzahlfaden weiterführt. Sie greift das Problem auf: Wenn schon niemand ohne rechtliches Verfahren verurteilt und getötet werden darf, was ist dann mit jemandem, dessen Schuld fest steht. Dafür ist der Ehebruch ein mehr oder weniger zufälliges und konstruiertes Beispiel. Im Blick ist die Frage: Wie ist bei einem schwerwiegendem Bruch der Tora, der Rechtsordnung, zu verfahren. Genauer: Gibt es dann ein Recht zu töten? Für die Wahl des Beispiels Ehebruch spricht, dass in der Bibel Ehebruch ein Beispiel für den Bruch der Treue des Volkes gegenüber der Heiligkeit Gottes und seines Treue versprechenden Namens ist. Gott hat Israel aus Ägypten befreit, ihm darin seine Treue gezeigt und mit seinem Namen (Ich werde da sein als Retter und Befreier) für die Zukunft Treue versprochen. Darin zeigt sich die Heiligkeit des Gottesnamens und die Heiligkeit derer, die mit diesem Gott den Weg der Gerechtigkeit und

[1] Die Rede von „den Juden“ ist gefährlich, weil sie den Eindruck erweckt, „die Juden“ betrieben Jesu Tod. Wenn Johannes so spricht, meint er aber nicht die Juden als Volk, sondern die politischen und religiösen Autoritäten – in der Zeit des Johannes die Pharisäer, in der Zeit Jesu die Hohenpriester. Letztere betreiben in Kooperation mit den Römern Jesu Tod. So wird Jesus auf das Urteil des Pilatus vom römischen Militär als Staatsfeind hingerichtet.

Befreiung gehen. Wenn das Volk nicht mehr diesen Weg geht und den Götzen von Besitz und Macht folgt, hat es Gott die Treue gebrochen, also - im Bild gesprochen – Ehebruch (Bruch der Solidarität und Treue) begangen. Wer spricht hier das Todesurteil?

Das Verhalten Jesu angesichts des drohenden Todesurteils

Zwei Aspekte fallen bei Jesu Verhalten auf:

Delegitimierung der religiösen und politischen Autoritäten

Jesus wirft den Autoritäten vor, dass sie das Gesetz, Gottes Ordnung der Gerechtigkeit nicht befolgen. Diese Ordnung hatte sich aus der Erfahrung der Befreiung aus Unrecht und Gewalt heraus kristallisiert. Nun kooperieren die führenden Kreise mit der Gewaltherrschaft des römischen Imperiums. Sie machen mit beim Töten, das dieses Imperium veranstaltet. Sie folgen nicht dem Gesetz der Tora, sondern den Gesetzen des römischen Imperiums, die im Dienst der Legitimation der Gewaltherrschaft stehen und dabei ‚über Leichen gehen', also töten. Deshalb sind sie nicht „ohne Sünde" und so haben sie die Berechtigung verloren, Recht zu exekutieren, also „als erster einen Stein zu werfen" (Joh 8,7).

Recht auf Leben gegen Töten im Namen des Gesetzes

„Jesus ... bückte sich und schrieb mit dem Finger auf die Erde." (Joh 8,6) Sein Tun erinnert daran, dass nach der Erzählung der Bibel Gott die ‚Zehn Gebote' mit dem Finger auf Steintafeln geschrieben hat. Was schreibt Jesus mit dem Finger auf die Erde, also in den Sand? Schreibt er die Sünde in den Sand? Dann wäre sie nicht wie die ‚Zehn Gebote' als Weisung für den Weg der Befreiung in Stein gemeißelt, also verbindlich auch für kommende Generation, sondern vergänglich, korrigierbar, überwindbar... Und so verurteilt Jesus die Ehebrecherin nicht zum Tod, sondern wendet sich ihr mit der Aufforderung zu „Geh und sündige von jetzt an nicht mehr." (Joh 8,9)

Jesu Verhalten macht deutlich: Wer im Namen von Gottes Gerechtigkeit tötet, pervertiert das Gesetz. Er stellt eine Ordnung, die dem Leben, der Gerechtigkeit, der Rettung und Befreiung dienen soll, in den Dienst ihres Gegenteils, des Todes und der Vernichtung. Deshalb darf – auch im Falle von Schuld – nicht im Namen des Gesetzes getötet werden. Nicht Tötung des Schuldigen, sondern dessen Umkehr zum Leben ist die rettende Perspektive des Messias Jesus.

Die Sünde schlechthin: Töten im Namen des Gesetzes

Dass die Weigerung im Namen des Gesetzes zu töten, für Johannes eine grundsätzliche Bedeutung hat, zeigt der Fortgang des Evangeliums. Jesus hat die Ehebrecherin vor dem Tod im Namen des Gesetzes gerettet. Nun soll er selbst im Namen des Gesetzes getötet werden. „Um einen Grund zu haben, ihn zu verklagen" (Joh 8,6), wird Jesus mit dem Problem des Gesetzesbruches der Ehebrecherin konfrontiert. Jesu Tötung soll nun auf den Weg gerbacht werden. In diesem Zusammenhang kommt es zum Streit, wer für sich legitim in Anspruch nehmen kann, zu den Kindern Abrahams zu gehören.

Der Streit um die Abrahamskindschaft (Joh 8,30ff)

Die Juden verstehen sich als Kinder, d.h. als Nachkommen Abrahams. Wer sich aber auf Abraham beruft, muss – so der Jesus des Johannesevangeliums – auch handeln wie Abraham

(Joh 8,39). Genau da sieht Jesus den Widerspruch: Abraham hat seinen Sohn Isaak nicht getötet, obwohl ihm dies ein Gesetz, das er als eine göttliche Stimme hörte, befohlen hatte. Bevor er den Mord ausführte, hörte er auf Jahwe, den Gott der Befreiung, und unterließ den Mord. Jesus formuliert den Widerspruch: Ihr wollt „mich töten, einen Menschen, der euch die Wahrheit verkündet hat... So hat Abraham nicht gehandelt." (Joh 8,40) Wer also im Namen des Gesetzes tötet, handelt nicht wie Abraham und hat seinen Anspruch verwirkt zu den Kindern Abrahams zu gehören. Er steht nicht im Dienst des Lebens und der Weitergabe des Lebens an kommende Generationen (Vgl. die Verheißung an Abraham: „Ich werde dich zu einem großen Volk machen... Durch dich sollen alle Geschlechter der Erde Segen erlangen." (Gen 12,2f)), sondern im Dienst des Todes und der Zerstörung des Lebens. Diese grundsätzliche Gegenüberstellung zwischen dem Recht auf Leben und dem Töten im Namen des Gesetzes erklärt die Schärfe der Auseinandersetzung. Wer im Namen des Gesetzes tötet, hat „den Teufel zum Vater... Er war ein Mörder von Anfang an." (Joh 8,44)

„Wir haben ein Gesetz und nach diesem Gesetz muss er sterben..." (Joh 19,7)

Schließlich wird Jesus selbst im Namen des Gesetzes verurteilt. Die Hohenpriester betreiben bei Pilatus Jesu Tod. Sie wissen, worauf Pilatus anspringt. Wenn Jesus der mangelnden Loyalität gegenüber Rom angeklagt wird, dann ist Pilatus zum Handeln gezwungen. Die Loyalität gegenüber Rom ist das gemeinsame Interesse von Pilatus und den Hohenpriestern. Die Sicherung der römischen Herrschaft verbietet Illoyalität gegenüber der Macht des Imperiums. Deshalb darf einer wie Jesus nicht geduldet werden. Gegenüber den Tötungs- und Gewaltansprüchen des Imperiums steht er für das Recht auf Leben, für Gottes Befreiung und die damit verbundene Gerechtigkeitsordnung, also für eine andere Weltordnung als des römischen Imperiums ein. Dadurch macht er sich zum „Sohn Gottes". So wird er auch von den Hohenpriestern angeklagt und Pilatus handelt, weil er weiß: Im römischen Imperium ist nur der Kaiser ‚Sohn Gottes'. Jeder der als Sohn Gottes handelt oder „sich als König ausgibt, lehnt sich gegen den Kaiser auf" (Joh 19,12). Die Konsequenz: Jesus wird im Namen des Gesetzes hingerichtet." In einer Welt der Gewalt, die sich mit dem Gesetz legitimiert, hat derjenige keine Chance, der für das Recht auf Leben aufsteht.

„Jesus von Nazaret, der König der Juden" (Joh 19,19)

Dies lässt Pilatus als Inschrift über Jesu Kreuz anbringen. Ohne es zu wissen oder zu verstehen, verkündet bereits Pilatus die Wahrheit dieses Gekreuzigten. Nicht der Kaiser, sondern dieser im Namen des Gesetzes Gekreuzigte ist „der König der Juden", der „Sohn Gottes". Johannes erzählt dies vor dem Hintergrund des Glaubens an die Auferweckung des Gekreuzigten. Rom hat Jesus im Namen des Gesetzes hingerichtet, Gott aber hat ihn auferweckt und ihm Recht gegeben. Rom verurteilt denjenigen, der für das Recht auf Leben und gegen das Töten im Namen des Gesetzes aufsteht. Gott aber spricht ihn frei, gibt ihm Recht, macht ihn zum Anstifter des Weges zu einer menschlichen Welt in Gerechtigkeit und Frieden. Deshalb hat dieser von Gott auferweckte Gekreuzigte Rom und seine „Welt(ordnung) besiegt" (Joh 16,33).

Zur Aktualität des Konflikts um das Recht auf Leben

Auch in unserer Welt wird im Namen des Gesetzes getötet. Es sind die Sach-‚Gesetze' unserer Wirtschaftsordnung, die Menschen in Hunger und Tod, in Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit treiben, die ökologische Lebensgrundlagen zerstören. Elend und Perspektivlosigkeit macht Menschen zu Flüchtlingen. Im Namen der Gnaden- und scheinbaren Alternativlosigkeit der Gesetze der Wirtschaft – deren Grundgesetz die

Vermehrung des Kapitals als Selbstzweck ist – werden Menschen in die Flucht getrieben. Gelingt es ihnen über die – im Namen des Gesetzes – abgeschotteten Grenzen Europas zu kommen, droht ihnen die Abschiebung – natürlich wieder im Namen des Gesetzes. Fromal-juristisch korrekt werden Menschen in Elend und Tod abgeschoben...

Was bedeutet es für Christen, für ihr Denken und Handeln, wenn auch in unserer Welt das Gesetz des Todes regiert und das Recht auf Leben mit Füßen getreten wird? Welche Hoffnung und Perspektive eröffnet der Glaube an den im Namen des Gesetzes hingerichteten Jesu, dem Gott Recht gegeben hat? Was bedeutet es heute, den Weg Jesu zu gehen? Wie können Christen heute das Recht auf Leben gegen ‚Töten im Namen des Gesetzes' verteidigen? Helfen könnte Wegweisungen, die in der Katholischen Soziallehre angesichts der wachsenden Fluchtproblematik formuliert worden sind: das Recht auf Zugang zu den irdischen Gütern, das Recht im eigenen Land zu bleiben, das Recht auf Auswanderung...